

Interne Klärungsversuche

von
Tristan Abromeit

20. 11. 93

- Zum Begriff *Freiland*
- Freiwirtschaft zunehmend nachgefragt!
- Die Plage mit den Zitaten
- Aktion Verfassungsklage
- Kommunikation und Vernetzung

Text: 50.0

www.tristan-abromeit.de

(eingescannt im März 2007)

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt
20. 11. 93

Zum Begriff *Freiland*

Auch hervorragende Köpfe schöpfen nicht nur aus sich selbst. Pierre Tapernoux weist in *Der Dritte Weg* (10/93) zu Recht darauf hin, daß es falsch sei, Gesell als den "Erfinder" von *Freiland* hinzustellen. Es spricht für Gesell, wenn er einen Begriff für eine auch von ihm als notwendig erkannte Bodenrechtsreform übernommen hat. Neuen Interessenten sollten die Zusammenhänge auch erläutert werden, weil sonst der Verdacht erweckt wird, man wolle die Wurzeln der Idee (oder Forderung) *Freiland* unterschlagen um sich besser der von Keynes diagnostizierten halbreligiösen Verehrung Gesells *) hingeben zu können. Dies sollten wir Gesell nicht antun und der Verbreitung der Idee ist es auch abträglich. Der Begriff *Freiland* ist auch nach über 100 Jahren noch brauchbar, auch wenn man ihn fehlinterpretieren kann. Denn *Freiland* könnte ja auch Land sein, das frei ist von Rechten anderer ist und sich daher zur persönlichen, unentgeltlichen Aneignung eignet.

Ob Johann Friedrich Schär zu recht beansprucht den Begriff *Freiland* geprägt zu haben, weiß ich nicht. Die erste Ausgabe des mir Vorliegenden Buches *Freiland - Ein soziales Zukunftsbild* von Theodor Hertzka (neunte Auflage) ist im Sommer 1892 erschienen. In *Freiland-Freigeld - Kritik der Geld- und Krisentheorie* Silvio Gesells von Prof. Dr. Franz Oppenheimer wird der Begriff wie folgt benutzt:

... "In dieser Beziehung stimmt Gesell den älteren Freiländern, Eugen Dühring, Henry George, Theodor Hertzka und mir selbst völlig zu, soweit die Notwendigkeit in Frage steht, das Bodenmonopol zu brechen, und soweit die Folgen der Massnahme in Betracht kommen." ... **) *Freiland* war also schon ein Begriff, ein Synonym für Bodenrechtsreform als Gesell erst mit dem

Schwerpunkt *Geld* über eine alternative Ökonomie nachzudenken.

*) John Maynard Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, S. 299.

***) Die Freiland-Freigeld-Kritik von Oppenheimer wurde 1935 in der *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft* veröffentlicht.

Freiwirtschaft zunehmend nachgefragt!

Wir können feststellen, daß freiwirtschaftliche Themen personen- oder sachbezogen von Einzelpersonen, Gruppen und Medien mit zunehmender Tendenz aufgegriffen werden. Die Neigung des Berges, über den wir die Last unseres freiwirtschaftlichen Wissens bringen müssen, flacht sich ab. Wir sind aber noch lange nicht über den Berg.

Neulich wurde in einem Rundbrief gejubelt, daß so gar *DIE ZEIT ÜBER* Gesell berichtet hat. Vergessen wurde nur der Hinweis, daß der Beitrag von Gerhard Senft über Gesell der 37. in einer Serie von 50 Beiträgen über Ökonomen ist. *) In der *Evolution*, dem Organ der INWO Schweiz (11/93) wurde erfreut bemerkt, daß in einem neuen sechsbändigen schweizerischen Lexikon, daß freiwirtschaftliche Anliegen sowohl unter den Stichworten *Silvio Gesell* und *Freiwirtschaft* korrekt beschrieben würde. In dem Beitrag *Das Glitzern in der Wüste* von Wilhelm Bittorf im *SPIEGEL* (39/93) ist zu lesen: "Silvio, der Guru und Geldutopist der zwanziger Jahre, nannte die Arbeitslosigkeit schlicht 'die soziale Pest'." In Berlin haben Künstler eine befristete Aktion mit dem "Knochen" als Parallelwährung gestartet. Aber in dem Werk *Klassiker ökonomischen Denkens* Hrsg. Starbatty (ISBN 340633797) taucht der Name Gesell nur in dem Beitrag von Hans G. Monissen über Irving Fisher (1867-1947) auf. Es heißt dort:

"Bankenkrisen und steigende Geldhortung während größerer Depressionen veranlaßten ihn (Fisher d.V.) zu einer Erweiterung seiner geldpolitischen Reformvorschläge. In *Stamp Scrip* (1933) plädier-

te er für die Einführung von Schwund- oder Stempelgeld als mögliche Maßnahme, um während größerer Deflationen die steigende Tendenz zur Hortung zu brechen. Die urspüngliche Idee hierzu stammt von Gesell, dem es in grundsätzlicher Unkenntnis elementarer ökonomischer Zusammenhänge nur darum ging, über eine Beseitigung des Zinssatzes, das aus seiner Sicht 'unverdiente' Zinseinkommen zum Verschwinden zu bringen." ...

Entweder gar nicht oder zufällig erfahren wir, wenn in Publikationen und Tagungen freiwirtschaftliche Namen genannt und freiwirtschaftliche benannt werden. Um aber über den oben beschriebenen Berg zu kommen, wäre es gut zu wissen, wo noch Träger unserer Last mit tragen und wo diese durch falsche Darstellung oder Übergehen noch schwerer gemacht wird. Das Sammeln dieser Informationen wäre durchaus ohne großen Aufwand mit den vorhandenen ehrenamtlichen Kräften und anderen Freunden der Freiwirtschaft möglich, wenn zur systematischen Erfassung bestimmte Vorgaben gemacht würden und wenn eine nichtparteilich gebundene Informationssammelstelle eingerichtet würde. Mit dem Sammeln (in einem großen Karton) ist es aber nicht getan. Solche Informationen müssen aufbereitet werden, sie müssen nach verschiedenen Stichworten (Namen, Orte, Themen, Veröffentlichungsform ect.) aufbereitet werden. Diese Arbeit ist ehrenamtlich nicht zu leisten. Bei der gegebenen Finanzlage der freiwirtschaftlichen Gruppen bleibt wohl nur die Wahl zwischen einer bezahlten, nebenamtlichen Arbeit für Studenten oder Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Lohnkostenzuschüsse für bis dahin Arbeitslose. Es ist also ein Aspekt des Themas *Professionalisierung*.

*) Die ZEIT-Serie Zeit der Ökonomen wird als Sammlung / Sonderdruck erscheinen. Sie sollte eine Pflichtlektüre für freiwirtschaftliche Leute sein, damit sie einen Überblick über die ÖkonomenInnen erhalten oder verloren gegangenes Wissen wieder auffrischen. Der Sonderdruck wird über den Zeitungshandel vertrieben, wurde mir gesagt.

Die Plage mit den Zitaten

Neulich beklagte sich mal wieder ein Freund über die schlampige Zitierweise der freiwirtschaftlichen Leute. Entweder würden gar keine Quellen benannt oder bei Nennung der Quelle würde ungenau (vermutlich aus dem Kopf) zitiert. Die Klage ist berechtigt. Einmal kann dem Übel entgegen gewirkt werden, daß gültige Zitierregeln, wie sie für wissenschaftliche Arbeiten bestehen, in den Umlauf gesetzt werden und zum anderen kann das Auffinden von zitierfähigen Teiltextrn, Bücher, Artikel etc. dadurch erleichtert werden, daß für die Freiwirtschaft interessante Texte computermäßig erfaßt werden und nach verschiedenen Kriterien abgerufen werden können. Die Star Division, Software auf gut Deutsch, Hamburg bietet eine Sammlung von Zitaten für alle Lebenslagen an. (Telf. 040/23 646 550) Diese Sammlung nützt uns aber wenig. Wir müssen uns auf der Suche nach einem für Personalcomputer verwendbarem Programm machen, daß wir dann selber mit Zitaten, die auf unser Anliegen zugeschnitten sind, auffüllen müssen.

Das richtige Zitieren ist aber noch kein Beweis für die Richtigkeit einer Information. Wenn dem so wäre, würde jede pure Behauptung, sobald sie zitiert wird zur Wahrheit.

Peter Kafka schreibt in seinem Buch "Das Grundgesetz vom Aufstieg - Vielfalt, Gemächlichkeit und Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt", Hanser, 1989:

"Meist werde ich nicht der Herkunft meiner Gedanken und Formulierungen nachgehen. Sicherlich ist vieles davon vorher, gleichzeitig oder nachher auch von anderen gedacht worden, doch selbst, wo mir dies ausnahmsweise bekannt ist, werde ich nichts zitieren. Es soll eine Collage entstehen, die als Gesamtbild ihren Wert hat, nicht durch die in ihr verwendeten, verwandelten Materialstückchen. Das als Nachweis von Wissenschaftlichkeit geltende Zitieren von Quellen ist ohnehin oft eine Farce - dann nämlich, wenn es sich nur um Meinungen handelt, die eine eigene Meinung stützen sollen. In der Mathematik und den exakten Naturwissenschaften gibt es für hinreichend simple Aussagen tatsächlich Beweise, auf die man sich berufen darf, um sie nicht stets wiederholen zu müssen, wenn man auf ihnen weiter aufbauen will.

Doch sobald der Gegenstand komplexer wird, hört die Verlässlichkeit auf. In den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, die sich damit einen exakten Anstrich geben wollen, knüpft das Zitieren genaugenommen wohl eher an traditionelle Vorstellungen von Heiligen Schriften und begnadeten Autoritäten an. Zwar will kaum noch ein Wissenschaftler solche anerkennen, aber ein bißchen wärmt doch jeden die Hoffnung, er selbst erwerbe einen Hauch unantastbarer Heiligkeit, wenn andere ihn zitieren. Um dies zu erreichen, zitiert er zweckmäßig ebenfalls andere, und so kommt es, daß schließlich die ganze Wissenschaft einen Schein von Heiligkeit um sich hat." (S.9 und 10) Diesen möchte er - fährt Kafka fort - nicht verstärken.

In dem Buch *Ökonomen aus drei Jahrhunderten* von A.W. Anikin (zu erst erschienen 1971 in Moskau, dann die mir vorliegende Ausgabe 1974 in Berlin-Ost über Adam Shmith:

Unter der Tagebuchnotiz des Biographen Boswell vom 2. April 1775 sei zu lesen. "Smith habe ihm gesagt, daß sich seine Arbeit dem Ende zuneige und er sich entschlossen habe, aus dem Buch 'etwas Ganzes' zu machen, indem er die Verweise auf andere Werke herausnehme. ... Karl Marx schrieb darüber: 'Adam Smith hat seinen schottischen Weisheitspruch, daß, 'wenn ihr ein wenig gewonnen habt, es oft leicht wird, viel zu gewinnen, die Schwierigkeit aber darin liegt, das wenige zu gewinnen', auch auf geistigen Ruhm angewandt und daher mit kleinlicher Sorgfalt die Quellen verheimlicht, denen er das Wenige verdankt, woraus er in der Tat viel macht. Mehr als einmal zieht er vor, der Frage die Pointe abzurechnen, wo scharfe Formulierungen ihn zwingen würde, mit seinen Vorgängern abzurechnen.'" Weiter heißt es dann: "Smith hat es fertiggebracht, Petty, North, Mandeville, James Steuart und Turgot, als Autoren, deren Ideen er stillschweigend übernommen hat, in seinem Buch nicht einmal zu erwähnen.(Alles Seite 211) Anikin geht dann sachlich der Frage nach, warum Shmith Quellen einfach getilgt oder nicht angegeben hat.

Und nun wollte ich als Clou ein Zitat aus "Marxismus-Leninismus - Das Elend der halb deutschen halb russischen Ideologie - bringen, indem der Autor Hermann von Berg Karl Marx des Plagiats bezichtigt. Ich fand nur bei begrenztem Zeitaufwand

zwei Stellen, die meine diesbezüglich Erinnerung bestätigen. Einmal heißt es: "Die politischen Konjunkturritter Marx und Engels verstanden es immer, auf von anderen gesattelten Pferden zu reiten." (S. 170) und im Nachtrag zu Lassalle und Rodbertus: "Plagiate von Marx lassen sich auch aus dieser Arbeit Rodbertus' nachweisen, ..." (Seite 334) (Hermann von Berg war von 1972 an bis zum Lehr- und Veröffentlichungsverbot 1985 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin.)

Zusammenfassung:

- Richtiges Zitieren ist erlernbar.
- Korrektes zitieren ist oft zeitaufwendig, weil beim Lesen eines Textes ~~ist~~ ja nicht immer ~~beim Lesen~~ voraussehbar, ^{ist} daß man später eine Passage zitieren möchte. Unser Gedächtnis speichert oft den Inhalt, aber nicht die Quelle oder mangelnde Ordnung in den Unterlagen hindern einem daran, ein Blatt, eine Schrift oder ein Buch wiederzufinden.
- Korrektes Zitieren ist noch keine Garantie dafür, daß die zitierte Aussage sachlich richtig oder wahr ist.
- Einem Text kann man nicht immer entnehmen, ob er auf dem Mist des Autoren / der Autorin gewachsen ist. Fehlende Quellenangaben müssen aber nicht unbedingt ein Hinweis auf ein Plagiat sein oder darauf, daß ein Verfasser / eine Verfasserin das eigene geistige Licht als heller erscheinen lassen möchte, als es in Wirklichkeit ist. Gründe für das Weglassen von Quellen können zeitökonomisch, textgestalterisch begründet sein oder aus Gründen der besseren Lesbarkeit erfolgen.
- Im freiwirtschaftlichen Bereich sollten wir mit zustimmenden oder unterstützenden Äußerungen von bekannten Persönlichkeiten sparsam umgehen, wenn wir sie nicht im Ursprungstext gelesen haben und sie nicht belegen können.

Aktion Verfassungsklage

Wir beklagen uns schon lange und zu recht darüber, daß über freiwirtschaftliche Problemanalysen und Lösungsvorschläge in den Massenmedien gar nicht oder zu wenig berichtet wird. Die Folge ist, daß der Bekanntheitsgrad des freiwirtschaftlichen Wissens in der Öffentlichkeit sehr gering ist. Daraus folgt wiederum, daß der Markt für freiwirtschaftliche Produkte schriftlicher Art sehr gering ist. Der Öffentlichkeit von der bei uns schlummern- den Möglichkeit einer menschen- und umweltfreundlichen alternativen Ökonomie mittels Flugblätter und Leserbriefen zu informieren ist sehr mühselig. Auch wenn es nicht auszuschließen ist, daß es Menschen und Gruppen von Menschen gibt, deren Interesse es ist, daß dies so bleibt, haben wir den Umstand des mangelnden Echos in den Massenmedien auch uns selber zuzuschreiben. Erstens machen wir es potentiellen Interessenten immer noch zu schwer freiwirtschaftliche Menschen und ihr Spezialwissen zu entdecken; zweitens fehlen kurze parteiunabhängige Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen, die ohne weitere Recherche von den Redaktionen übernommen werden können und drittens bieten wir nichts für eine aktionsorientierten Berichterstattung. Es ist ein altes Klagelied, daß die Präsentation und Pressearbeit der freiwirtschaftlichen Gruppen mangelhaft ist. Von Michael Wünstel, ~~Gartenstraße 28 in Hetzenbühl~~, der die Geschäftsstelle der CGW übernommen hat, wurde die Bereitschaft signalisiert, eine professionelle Pressearbeit aufzubauen. Ob er mangels Zuspruch inzwischen resigniert hat, weiß ich nicht.

Die Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht zu Maastrichter Verträgen waren ein Thema für die Massenmedien, aber auch für die Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaften. Sie haben dem FDP-Politiker Manfred Brunner und auch den Grünen-Europarlamentariern Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Claudia Roth, Wilfried Telkämper und Hiltrud Breyer und ihren Rechtsanwalt Christian Ströbele Sympathien und einen relativ hohen Bekanntheitsgrad eingebracht. In *FOCUS* (32/93) ist zu lesen: "Der Bonner Staatsrechtler Fritz Ossenbühl, einer der angesehensten seiner Zunft, sieht deshalb in dem bevorstehenden Karlsruher

Richterspruch einer der 'wichtigsten Gerichtsentscheide, die unter der Geltung des Grundgesetzes getroffen worden sind'. ... Einzig Manfred Brunner habe aufgepaßt, lautet die Laudatio des Rechtsprofessors: 'Der Brunner ist ein Held. Er hat seine Karriere aufgegeben, im Kampf um Maastricht. Sonst wäre Deutschland sang- und klanglos untergegangen.'

Der wesentlichste Teil der Maastrichter Verträge ist die Währungsunion. Wo waren wir - die wir uns als Spezialisten in Sachen Währung verstehen - in dieser Auseinandersetzung? Das was wir im stillen Kämmerlein gedacht haben, gilt nicht, weil es nicht öffentlichkeitsrelevant ist. Dirk Löhr (Sozialwissenschaftliche Gesellschaft hat eine Studie zum Thema Maastricht unter dem Titel "Europäische Zentralbank - Europäische Währungsunion: Das Ende der Stabilitätskultur" vorgelegt. Dieser Beitrag wurde in der Zeitschrift für Sozialökonomie (93.Folge /Juni 92) und als Schrift der SG veröffentlicht. Sicher finden sich auch Beiträge im DRITTEN WEG und den anderen freiwirtschaftlichen Publikationen. Diese Veröffentlichungen haben aber offensichtlich auf kurzzeitig ablaufende rechtliche und politische Vorgänge keinen Einfluß. Oder ist das zu pessimistisch gesehen, weil über von der Allgemeinheit nicht wahrgenommene Wege doch unsere schriftlichen Stellungnahmen jener gelangen, die sich ein Urteil bilden müssen?

Im Oktober 1992 habe ich meine "Verfassungsbeschwerde über die Entmündigung bei der Formulierung und Verabschiedung der fälligen neuen Verfassung und Antrag auf einstweilige Anordnung der Unterlassung der Ratifizierung der Maastrichter Verträge zur Europäischen Währungsunion durch den Deutschen Bundestag" beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die Landtage, der Bundesrat, der Bundestag, das Europaparlament, die Verfassungskommission u.a. haben Kopien meiner Klage erhalten. Das Verfassungsgericht hat als Anlagen Karl Walkers *Neue Europäische Währungsunion* und die oben angeführte Stellungnahme von Dirk Löhr erhalten. In der Beschwerde habe ich die verfassungsrechtlichen Passagen aus meinem Schriftsatz *Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik* vom Oktober 1989, der an den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank gegangen ist, übernommen.

Im *STERN* 40/92 hatte ich den Artikel "Die Menschen blicken nicht durch" gelesen. Es handelt sich um ein Interview mit dem entlassenen EG-Kabinettschef Manfred Brunner. Es wurde berichtet, daß Brunner eine D-Mark-Partei gründen wolle. Eine Überlegung, die ich persönlich nicht für erfolgsversprechend hielt. Ich habe Brunner am 3.11. 92 angerufen und ihm berichtet, daß ich mich bezüglich der Maastrichter Verträge an das Bundesverfassungsgericht gewendet hätte. Aus seinen Reaktionen am Telefon war eindeutig abzuleiten, daß der diesen Gedanken bis dahin noch nicht gehabt hatte. Er bat um Zusendung von Kopien meiner Unterlagen, die ich ihm auch postwendend zugesandt habe. Eine Rückmeldung oder ein Dankeschön habe ich nicht erhalten. Daß ich den Impuls für die Verfassungsbeschwerde der grünen Europarlamentarier ausgelöst habe, ist wahrscheinlich. Einmal habe ich wie berichtet, dem Europaparlament eine Kopie meiner Verfassungsbeschwerde eingereicht zum andern besteht zwischen den Europarlamentariern und der IDEE (Initiative DEMokratie Entwickeln) in Bonn meines Wissens ein enger Kontakt. Am 24. 11. 92 erhielt ich folgenden Brief von Thomas Mayer (IDEE): "... herzlichen Dank für die Verfassungsbeschwerde, die Sie uns zugesandt haben. Uns interessiert sehr, wie es damit weitergeht, da wir auch mit dem Gedanken an dergleichen spielen. Wissen Sie, daß die Bayernpartei auch eine Verfassungsbeschwerde eingereicht hat?" Ich habe dann der IDEE eine Kopie der Antwort des Bundesverfassungsgerichtes vom 13. 11. 92 zugesandt. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die Beteiligung des einzelnen Bürgers an der Formulierung des Verfassungsentwurfes und die Beteiligung an der Wahl der Verfassungskommission und ein Recht auf die Beteiligung an der Abstimmung über die Verfassung vom Verfassungsgericht nicht als ein grundrechtsähnliches Recht gesehen wird. Das ist zwar eine merkwürdige Auffassung davon, was Demokratie ist; aber mußte das erstmal so hinnehmen. Da die Massenmedien, die Verbände und Parteien die Verdrehung demokratischer Prinzipien nicht sehen, kann man vorerst nur fluchen, aber nichts Konkretes dagegen unternehmen. Anders war die Nachricht des Bundesverfassungsgerichtes zu der Beschwerde gegen die Maastrichtverträge. Hier war ich mit meiner Verfassungsbeschwerde zu früh gekommen. Hier war erst die

Zustimmung des Bundestages zu den Verträgen erforderlich aber noch nicht die Ausfertigung durch den Bundespräsidenten und die Verkündigung erforderlich.

Da ich nach der Verabschiedung der Verträge durch den Bundestag wußte, daß andere Beschwerden zu den Maastrichtverträgen dem Verfassungsgericht vorlagen und ich meine Bedenken ja vorgetragen hatte, fühlte mich moralisch nicht mehr zu einer persönlichen Verfassungsbeschwerde verpflichtet. "Es war mir ein Stein vom Herzen genommen", denn die Klage hätte mich in verschiedener Hinsicht stark belastet. Aus strategischen Gründen sah ich für eine Klage durchaus noch einen Bedarf, einmal weil so präzise Einwände gegen die Währungsunion, wie wir sie hätten vortragen können, von anderen nicht formuliert werden können (Dies ist kein Satz, der von Hochmut geprägt ist, sondern von Einsicht.), zum anderen, weil damit unser Anliegen mehr als bisher in die Öffentlichkeit transportiert worden wäre. Nur leider ist es so, daß unsere strategischen Fähigkeiten und Möglichkeiten im Verhältnis zu unseren riesenhaften Ideen zwerghaft entwickelt sind. Ich habe im Geiste mir bekannte Personen und Organisationen Revue passieren lassen und kam zum Schluß, daß ich mit Mitstreiter und Förderer nicht rechnen könne.

Kommunikation und Vernetzung

In der Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft *Sozialökonomische Beiträge*, die im Auftrag der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hochschule für Wirtschaft und Politik herausgegeben wird heißt es im Editorial des Heftes 3/1991:

"In großer Übereinstimmung stellen die Autoren dieses Heftes fest, daß mangelhafte Kommunikation - durch Überinformation, Desinformation oder gar keine Information - Vertrauenskrisen gegenüber Institutionen wie Staat und Unternehmen hervorruft, denen nur mit offener Kommunikation zu begegnen ist."

Die Frage wie die Kommunikation unter den freiwirtschaftlich orientierten Leuten und zwischen Freiwirtschaftlern und Leuten, die diese alternative Ökonomie nicht kennen oder gar bekämpfen,

verbessert werden kann, ist eigentlich auch ein altes Thema. In der Schweiz hat man angefangen die Arbeit der INWO-Mitglieder zu strukturieren, damit irgendwelche Ergebnisse nicht dem Zufall überlassen werden. In der Bundesrepublik denkt man laut über moderne Medien und über Vernetzungen nach.

Aber von den bestehenden Organisationen zu erwarten, daß sie die Themen Kommunikation und Vernetzung vorantreiben, ist unrealistisch. Wir müssen bedenken, daß wir keine professionell arbeitende freiwirtschaftliche Institution haben. Mit wenigen Ausnahmen wird die Organisationsarbeit von einigen ehrenamtlichen Personen geleistet. Diese Arbeit ist umfangreich und droht immer das Privatleben der Betroffenen zum eigenen Schaden und den der Familie zu fressen. Eine gewisse Abwehrhaltung gegenüber neuen Aufgaben ist eine natürliche Reaktion. Auch verhalten die Organisationen sich - weil sie finanziell und personell nicht aus dem Vollen schöpfen können - gewissermaßen konservativ. Einzelne Leute, die nun ein ausgefallenes Anliegen auf dem Herzen oder eine besondere Idee oder Aktion im Kopfe haben, werden meistens feststellen, daß die Organisationen für sie keine gute Anlaufstellen sind. An die in der Republik verstreuten Mitstreiter kommen sie aber auch nicht heran, weil Ihnen die Adressen nicht zugänglich sind oder weil der Kostenaufwand für einen Rundbrief zu hoch ist. Im *DRITTEN WEG* man nun angefangen eine Liste jener Freunde zu veröffentlichen, die über eine Mailbox oder einen Faxanschluß verfügen. Ich denke diese Liste könnte und müßte ausgebaut werden. Sie kann aber auch aus datenrechtlichen Gründen nicht von den Vereinsvorständen aufgefüllt werden. Die Ergänzung der Liste müßte durch individuelle Erklärung jener vorgenommen werden, die bereit sind, sich durch eine solche Liste zu offenbaren und irgendwelche Funktionen zu übernehmen. Die Liste müßte nicht nur Angaben darüber enthalten, wer einen Personalcomputer mit und ohne Mailbox oder ein Faxgerät hat, sondern auch, ob der Betreffende teil einer Telefonkette ist, ob er Kontakt zu Zeitungen, Bibliotheken etc. hat und ob er sich als Multiplikator von Informationen versteht. Auch die Fragen, ob er als Kontaktperson in seinem Wohnort oder gegenüber Verbänden benannt werden kann, sollte aus einer solchen Liste ablesbar sein.

Das eine solche Liste laufend aktualisiert werden muß versteht sich von selbst. In der Form sollte sie einmal als Diskette geliefert werden, zum anderen aber Bestandteil einer Beilage einer oder mehrerer freiwirtschaftlichen Zeitschriften sein. Die Beilagen müßten aber sozusagen in einem exterritorial zu den Herausgebern der jeweiligen Zeitschriften erscheinen, damit Redakteure und Herausgeber nicht verantwortlich für den Inhalt dieser Beilagen sind und daher auch nicht gleich mit Abwehr reagieren müssen, wenn dort etwas veröffentlicht wird, was ihnen nicht paßt. Diese Beilage müßte klar gegliedert sein und neben der erwähnten Adressenliste (alphabetisch und nach Orten, evtl. auch nach Postleitzahlen sortiert) folgende Rubriken enthalten: Kommunikationstechnik von Amateurfunk bis zum Fax. Beschreibung der Geräte, Anwendungsgebiete, Preise und Bezugsquellen; Ergebnisse der Kommunikationsforschung; der Umgang mit den Massenmedien, wie und in welcher Form bringen wir Beiträge im Rundfunk, Fernsehen und in der Presse unter, wie gehen wir mit Redakteuren und Korrespondenten um; interne Kommunikation, einmal Themen bezogen z.B. "Ist der Vorwurf der Rechtslastigkeit berechtigt?", zum anderen Personenbezogen mit der Funktion der Klagemauer zur Entlastung und um der Gefahr der Vereinsamung entgegen zu wirken.

Eine solche Beilage entsteht nicht von selbst und kostet auch Geld. Wenn auch die Beiträge aus dem Kreis der Freunde unentgeltlich angeliefert werden, so sollte Redaktionsarbeit schon bezahlt werden. Als Redakteur käme im Idealfall ein Mensch in Frage der sich schon intensiv mit der Kommunikationstechnik und -wissenschaft befaßt und der keine Zensurschere im Kopf hat. Bezüglich der Kosten ist zu sagen: Entweder diese Beilage wirkt für die betreffenden Zeitschriften auflagensteigernd, dann könnten sie dem Posten Werbung zugeschlagen werden oder sie müssen auf die Bezieher umgelegt werden.